Heute unter anderem zu folgenden Themen: Marktkonforme Demokratie; Eurokrise; Das große Würfelspiel; Goldman Sachs droht Milliardenklage; Pflege für die Falschen; Gedanken zum Mindestlohn; Nachtrag zum gestrigen Hinweis #5; Justiz filzt Waffenschmiede Heckler & Koch; USA: Mein armes Amerika; Schwarz-Gelb blockiert Zahlungen an UNESCO; Alltag Antisemitismus; Hitler-Attentäter Georg Elser – Denkmal für einen tragischen Helden; Politisches Schamanentum und bittere Realität; Banken in die Schranken; Ronald Reagan – Geliebt und gehasst (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Marktkonforme Demokratie
2. Eurokrise
3. Das große Würfelspiel
4. Goldman Sachs droht Milliardenklage
5. Pflege für die Falschen
6. Gedanken zum Mindestlohn
7. Nachtrag zum gestrigen Hinweis #5
8. Justiz filzt Waffenschmiede Heckler & Koch
9. USA: Mein armes Amerika
10. Schwarz-Gelb blockiert Zahlungen an UNESCO
11. Alltag Antisemitismus
12. Hitler-Attentäter Georg Elser – Denkmal für einen tragischen Helden
13. Politisches Schamanentum und bittere Realität
14. Banken in die Schranken
15. Ronald Reagan – Geliebt und gehasst

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Marktkonforme Demokratie**
   a. **Banker for President**
   Nach fünf Tagen Verhandlungen hat man sich in Athen am Donnerstag nachmittag auf den Nachfolger von Ministerpräsident Giorgos Papandreou geeinigt. Loukas Papadimos, im Ausland anglifiziert als Lucas Papademos bestens bekannt, soll bis auf weiteres die Fäden in Griechenland ziehen. Der ehemalige Vizechef der Europäischen Zentralbank gehörte sicherlich zu den Wunschkandidaten sowohl der einheimischen als auch der in Brüssel und

Washington herrschenden Eliten. Hatte er sich doch schon zu seiner Amtszeit als Präsident der griechischen Nationalbank lang vor der Krise für eine rigorose Umverteilungspolitik zugunsten des Kapitals eingesetzt.
Quelle: Junge Welt

b. **Greece's austerity junta: Regime of the Technocrats**
On 21 April 1967, as the Greek military executed its infamous coup d'état, 14-year-old George Papandreou had a gun held to his head by soldiers who had stormed his family's villa. The aim was to force George's father, the Socialist leader Andreas Papandreou, to surrender to the military as it carried out mass arrests of politicians, leftists and anarchists. Distressed by the sight of his son being held at gunpoint, Andreas dutifully gave in, and there followed a seven-year military dictatorship known as The Regime of the Colonels.
In November 2011, George, now 59 years old and prime minister of Greece, is once again having a gun held to his head. This time, though, it's a metaphorical one, and it is being wielded, not by Greek colonels hellbent on taking power, but by suits in Brussels, by a gang of commissioners and bankers determined to install in Greece a government to their liking. Using extreme financial blackmail, these external coupists are pressuring Papandreou, and all other Greek politicians, to suspend political debate, shelve normal democratic procedures and install an EU-approved, austerity-enforcing government of bank managers. A Regime of the Technocrats, if you like.
Quelle: sp!ked

2. **Eurokrise**

a. **Niederlage für Europa: Papandreous verlorener Poker wird im Desaster enden**
Auch die Einigung vom Oktober birgt einen fatalen Mangel: Der neue "Plan" ist im Grunde nur ein Umriss eines Rettungsplans, kein Plan an sich. Wichtige Details fehlen, und die sollten in 60 Tagen geklärt werden. Aber für Griechenland und für Papandreou war der Zeitraum zu lang – fast eine untragbare Ewigkeit. Europas Banken, so stellte sich später heraus, haben dem freiwilligen Schuldenschnitt um 50 Prozent tatsächlich niemals voll zugestimmt. Bald schon signalisierten sie den Griechen, dass sie – mit Zahlenspielereien am tatsächlichen Abschlag und dem Barwert der Papiere – beabsichtigen, sich über das Kleingedruckte einen Großteil der 50 Prozent zurückzuholen, auf die sie in den Schlagzeilen angeblich verzichtet hatten. Gleichzeitig stürmten die griechischen Anleger panisch ihre Konten bei den ohnehin schon klammen Banken. Hinter den Kulissen aber spielte sich noch etwas anderes ab: Die mächtigen Eigner der griechischen Banken, gewöhnt daran, dass die Institute ihre weit verzweigten,

krakenhaften Unternehmen finanzieren, waren entsetzt über die Brüsseler Einigung.
Papandreou hat sich voll und ganz für den Brüsseler Deal eingesetzt – aber er stand in einem Feuersturm und musste an mehreren Fronten kämpfen: In seiner Partei wollten Rivalen seinen Job; einige Abgeordnete wollten die neuen Sparmaßnahmen nicht mittragen; der Oppositionsführer Antonis Samaras und die konservative Nea Dimokratia verharrten in ihrer ganzen Unnachgiebigkeit; und die Wirtschaft stand vor dem Kollaps, bevor die Rettung eintraf. Eine Volksabstimmung war das einzige Instrument, mit dem Papandreou alle Feuer bekämpfen konnte: Er wollte die griechischen Politiker und ihre mächtigen Unterstützer im Zaum halten und Europas Führung zurück an den Verhandlungstisch drängen, um die Details der Rettung festzuzurren.
Papandreou hat hoch gepokert – und verloren. Aber Europa hat noch mehr verloren. Die neue Koalition mag das Rettungspaket jetzt durchsetzen, aber die Kluft unter Griechenlands Führung wird sich noch weiter vergrößern. Das Risiko steigt, dass das fragile politische System Griechenlands implodiert. Die Wirtschaft wird weiter ins Bodenlose fallen, die politische Gewalt erst richtig entbrennen.
Quelle: FTD

Anmerkung AM: *Sehr erhellend!*

Anmerkung Orlando Pascheit: *Es ist vielleicht ganz interessant, eine Meinung aus dem Umfeld von Giorgos Papandreou zu hören. Der Ökonom Richard Parker, Professor an der Harvard Kennedy School in Cambridge/Massachusetts, kennt Papandreous seit Jahrzehnten und war in den letzten zwei Jahren Berater des griechischen Ministerpräsidenten. Er ist der dezidierten Auffassung, dass die griechische Krise nicht isoliert von der Finanzkrise 2008 zu analysieren ist.*

b. **Marshall Auerback – The Road to Serfdom**
Is there a solution? Of course there is. But the eurozone's chief policy makers continue to avoid utilizing the one institution – the European Central Bank – which has the capacity to create unlimited euros, and therefore provides the only credible backstop to markets which continue to query the solvency of individual nation states within the euro zone. They are, as Professor Paul de Grauwe suggests, like generals who refuse to go into combat fully armed ("European Summits in Ivory Towers") […]
The ECB should, as De Grauwe suggests, be using the ecoomic equivalent of the Powell Doctrine: when a nation is engaging in war, every resource and tool

should be used to achieve decisive force against the enemy, minimizing casualties and ending the conflict quickly by forcing the weaker force to capitulate.
The ECB is the monopoly supplier of currency. They can set the price on the rates, (obviously not the supply) so if they set a level (say, Italy at 5%) why should there be a default? Capitulating to the markets, or entering the battle half-heartedly not only ensures more economic collateral damage, but effectively emboldens the speculators by granting them a free put option on every nation in the euro zone. They'll line them up, one by one, starting with Greece and ending with Germany.
Quelle: New Economic Perspectives

c. **Die CDU zündelt**
Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass die politische Klasse in Deutschland mit der Krise hoffnungslos überfordert ist, dann hat ihn die CDU jetzt erbracht. Ein europapolitischer Leitantrag für den Bundesparteitag sieht vor, dass Mitgliedsstaaten der Währungsunion diese wieder verlassen können. Um es mit dem Europaparlamentarier Markus Pieper zu sagen: „Wenn Polen kommt, darf Griechenland gehen."
Quelle: ZEIT Herdentrieb

d. **Lettland – Die Kehrseite des Sparens**
Lettland zahlt einen hohen Preis für seinen rigiden Sparkurs: Mehrere Hunderttausend Menschen sind ausgewandert. Eine Trendumkehr ist nicht absehbar. […]
Seit dem EU-Beitritt 2004 stieg Lettland zu einer der am schnellsten wachsenden – und am stärksten überhitzten – Ökonomien der Welt auf. 2008 war Schluss mit den günstigen Krediten, die den Boom finanziert hatten. Lettland erhielt aus dem Ausland eine Kapitalspritze, die einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entsprach. Im Gegenzug verpflichtete man sich, hart zu sparen. In der Hoffnung, bald dem Euro beizutreten, hielt das Land an der Kopplung des Lats fest. Im Dezember wird Lettland eine Konsolidierung hinter sich haben, die 16 Prozent des BIPs entspricht – ähnlich wie Griechenland. Nackte Zahlen können die Auswirkungen kaum vermitteln. Insgesamt schrumpfte die Ökonomie um ein Viertel. Zwischen 2007 und 2010 schnellte die Arbeitslosenquote von sieben auf 21 Prozent. Die Zahl der Staatsdiener sank um 30 Prozent, die öffentlichen Gehälter wurden um 40 Prozent beschnitten.
Quelle: FTD

e. **Jacob Augstein – Die Sparschweinerei**
Vorsicht! Die Finanzkrise hat den Neoliberalismus nicht umgebracht – im

Gegenteil. Trotz entgrenzter Märkte hat die irre Ideologie vom schwachen Staat überlebt. Und Merkel-Deutschland trägt die Verantwortung. […]
Dafür ist das Austeritätsdogma verantwortlich, mit dem die Kanzlerin nun einen ganzen Kontinent überziehen will. In Deutschland sind dadurch die soziale Ungleichheit verschärft und der Konsum abgewürgt worden. Dennoch stehen die Chancen nicht schlecht, dass Merkel sich durchsetzt. Frankreich, der einzige denkbare Gegner von Gewicht, ist auf Merkels Kurs eingeschwenkt. Dass nach dem Rezept des Teutonengrills gerade die griechische Wirtschaft verbrutzelt, kümmert Merkozy nicht.
Dabei könnten gerade die Deutschen seit den dreißiger Jahren wissen: Wenn man in der Krise den Gürtel noch enger schnallt, landet man in der Rezession. Dennoch muten sie das Rezept, das sie selbst schon einmal haben scheitern sehen, jetzt den Griechen zu. Und noch ein anderer Blick in die eigene Geschichte könnte den Deutschen helfen, ein bisschen mehr Verständnis für die griechische Lage aufzubringen. Griechenland, sagt der Harvard-Professor Niall Ferguson, erlebe jetzt das, was die Ex-DDR erlebt hat: "Erst gibt man den Leuten eine harte Währung, mit der sie auf große Einkaufstour gehen. Dann macht man sie arbeitslos, und schließlich muss man sie finanziell unterstützen." Europa kann sich noch auf einiges gefasst machen.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung unseres Lesers S.P.: *Wo er Recht hat, hat er Recht.*

3. **Das große Würfelspiel**
   Wer sind die 1 Prozent, gegen die sich weltweit Proteste regen? George Monbiot über den Mythos vom Wohlstandserzeuger und die Erfolgsquote schlechter Eigenschaften […]
   Wenn Reichtum das zwangsläufige Ergebnis von harter Arbeit und Unternehmergeist wäre, müsste jede Frau in Afrika Millionärin sein. Was die Superreichen für sich in Anspruch nehmen – dass sie über herausragende Intelligenz, Kreativität oder Antriebskraft verfügen – ist ein Beispiel für den Fehlschluss, sich selbst Ergebnisse anzurechnen, die man nicht herbeigeführt hat. […]
   Geschäftsführer führen sich heutzutage auf wie Fürsten. Sie entziehen ihren Unternehmen Summen, die in keinem Verhältnis zu der Arbeit stehen, die sie leisten oder dem Wert, den sie generieren – Summen, die ihre Unternehmen manchmal in den Ruin treiben. Sie haben den Reichtum, den sie sich angeeignet haben, nicht mehr mit den eigenen Händen verdient als Ölscheichs. […]
   Sie, die dem neoliberalen Mythos zufolge Reichtum schaffen, gehören in Wahrheit zu

den effektivsten Vernichtern von Reichtum, die die Welt jemals zu Gesicht bekommen hat. […]
In den vergangenen dreißig Jahren hat eine Handvoll Leute den gesellschaftlichen Reichtum unter Beschlag genommen und wurde dabei durch eine neoliberale Politik unterstützt, wie sie in den reichen Ländern zuerst durch Margaret Thatcher und Ronald Reagan praktiziert wurde."
Quelle: Der Freitag

4. **Goldman Sachs droht Milliardenklage**
   Die US-Investmentbank muss damit rechnen, wegen dubioser Geschäfte verklagt zu werden. Insgesamt geht es 15,8 Milliarden Dollar
   Quelle: Der Standard
5. **Pflege für die Falschen**
   Steuerliche Subventionen sind selten sozial gerecht. Von der Pendlerpauschale profitieren nur diejenigen, die überhaupt Arbeit haben und sich ein Auto leisten können. Insofern könnte man glatt auf die Idee kommen, die Idee von FDP-Gesundheitsminister Daniel Bahr zu verteidigen, private Pflegezusatzversicherungen zu subventionieren.
   Quelle: taz
6. **Gedanken zum Mindestlohn**
   In Deutschland ist nach einem Kurswechsel der CDU/CSU die Debatte um einen Mindestlohn wieder aufgeflammt. Auch in der CDU/CSU finden sich vermehrt Bedenkenträger gegen einen Lohn, von dem der Mensch nicht leben könne. Die Kritik ist noch etwas zögerlich, denn in der CDU/CSU weiß man auch, dass der Anspruch, der Lohn möge Lebensmittel sein, in der freien Marktwirtschaft systemwidrig ist. So sagte der Vorsitzende der Unions-Mittelstandsvereinigung, Hans Michelbach (CSU), dem Kölner Stadt-Anzeiger, eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze sei "ordnungspolitisch nicht vertretbar". Sie widerspreche "den Prinzipien der Marktwirtschaft", für die die Union stehe. Das darf man jetzt aber nicht als Systemkritik missverstehen.
   Quelle: ad sinistram
7. **Nachtrag zum gestrigen Hinweis #5 Lohnentwicklung 2000 bis 2010: Ein für die Arbeitnehmer verlorenes Jahrzehnt**

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Nun ja, wer die NachDenkSeiten liest, dürfte wenig überrascht sein. Stellt sich eher die Frage, warum die Gewerkschaften und Parteien diesen bekannten Skandal so unzureichend angegangen sind. Immerhin wissen wir jetzt, dass die realen Bruttomonatslöhne im vergangenen Jahrzehnt durchschnittlich um 4,2 Prozent zurückgingen, obwohl das reale Volkseinkommen deutlich gestiegen*

ist. "Die Wohlfahrtsgewinne schlugen sich im vergangenen Jahrzehnt vorrangig bei den Einkommen aus Kapitalerträgen und aus Selbständigkeit nieder. Künftige Lohnverhandlungen sollten daher den Verteilungsspielraum ausschöpfen, der sich aus Produktivitätsfortschritten ergibt" schreibt das DIW.

Die Berechnungen von Karl Brenke und Markus M. Grabka sind sicherlich in sich konsistent, nur sollte man bei ihrer Interpretation der Daten doch einen Moment innehalten. So schlussfolgern sie aus der stagnierenden Ausdehnung des Niedriglohnsektors, reichlich ein Fünftel im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung, seit 2006, dass dieser seitdem keinen Einfluss auf das Schrumpfen der Löhne gehabt habe. Der Hinweis, dass es flächendeckend zu keinen Lohnanhebungen gekommen sei, ist banal. Die Frage lautet: Warum? Und hier wurde mit der Schaffung des Niedriglohnsektors und dem Ausbau der Leiharbeit ein gewichtiges Drohpotenzial geschaffen, die über allen Tarifverhandlungen schwebt. Oder sollte sich ein Beschäftigter der Stammbelegschaft bei Siemens, nicht darüber im Klaren sein, was es für ihn bedeutet, wenn der Leiharbeiter neben ihm ein Drittel weniger verdient oder wenn ganze Dienstleistungsbereiche Outsourcing zum Opfer fallen. In denen dann zu welchen Bedingungen gearbeitet wird?

8. **Justiz filzt Waffenschmiede Heckler & Koch**
   Der Waffenhersteller Heckler & Koch ist erneut ins Fadenkreuz der Staatsanwaltschaft geraten. Am Donnerstag durchkämmten rund 300 Polizisten den Firmensitz im schwäbischen Oberndorf, wie die Ermittler in Stuttgart mitteilten. Auch Privaträume seien wegen der Verdachts der langjährigen Bestechung inländischer und ausländischer Amtsträger durchsucht worden, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Es bestehe der Verdacht, dass das Unternehmen in Mexiko Amtsträger durch Zuwendungen von Bargeld bestochen habe, um Lieferaufträge für Waffen zu erlangen.
   Quelle: Der Standard
9. **USA: Mein armes Amerika**
   Ich erinnere mich an die Begeisterung bei meinen ersten USA-Reisen, damals erschienen mir die Vereinigten Staaten als wohlhabend und fortschrittlich, uns Europäern in fast allen Bereichen voraus. Nun erlebe ich ein Bankensystem, das auf umständlichem Zahlungsverkehr durch Schecks aufgebaut ist. Auf denen ich, wenn ich sie einlösen will, meine Fingerabdrücke hinterlassen muss, nachdem ich schon zwei verschiedene Identitätsnachweise vorgezeigt habe. Ich sehe ein System, das einen dazu zwingt, Schulden zu machen, um als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft behandelt zu werden. Ich sehe im Haus gegenüber unserer Wohnung Mexikaner von

morgens um sieben bis abends um zehn bügeln und nähen. Ich sehe viele Läden mit Schildern im Fenster, auf denen steht: »Wir akzeptieren auch Lebensmittelmarken.« Und bei stärkerem Regen fällt der Strom aus. Vieles erinnert eher an ein Dritte-Welt-Land als an den mächtigsten Staat der Erde.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung Orlando Pascheit: *Manchmal beeindruckt eine Reportage, trotz oder vielleicht wegen aller Subjektivität, mehr als jede Statistik über Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger. Eine solche Reportage ist Jana Simon gelungen, die auch überzeugt, weil die Autorin glaubwürdig vermittelt, dass die Vereinigten Staaten einst ihr Sehnsuchtsort war. – Ein kleiner Einwand: Simon kehrt nach sieben Monaten nach Berlin zurück und empfindet "die Stadt im Vergleich zu Los Angeles wie ein Ferienort – die Berliner verbringen endlose entspannte Tage draußen in Straßencafés, genießen genetisch unbedenkliches Essen und viel Wein." Dieses Abgleiten in eine Berliner Idylle schwächt nicht nur erzähltechnisch ihren Text, sondern relativiert den kritischen Ansatz der Autorin, denn zweifellos hat auch Berlin seine Orte der Hoffnungslosigkeit. Jeder fünfte Berliner lebt von Hartz IV und keiner dürfte seine Tage entspannt im Café verbringen. Vielmehr hätte es Simon bei ihrer wenig idyllischen Sorge belassen sollen: "Wenn es stimmt, dass Entwicklungen aus den Vereinigten Staaten mit ein wenig Zeitverzögerung zu uns nach Europa kommen, kann man sich nur fürchten."*

10. **Schwarz-Gelb blockiert Zahlungen an UNESCO**
Der Zahlungsfluss ist vorerst versiegt. Entgegen bisherigen Ankündigungen blockiert die schwarz-gelbe Regierungskoalition nun doch die deutschen Beiträge an die Unesco. Für das kommende Jahr war für die UNO-Kulturorganisation ein Betrag von rund elf Millionen Euro vorgesehen. Hintergrund für die Entscheidung ist die Aufnahme der Palästinenser in die Unesco, gegen die Deutschland ebenso wie die USA gestimmt hatte.
Quelle: Deutschlandradio Kultur
11. **Alltag Antisemitismus**
Es ist der erste Bericht des noch unter dem damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) einberufenen "Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus". Und die Expertise hat es in sich, trotz ihres nüchternen Tons. Denn das Fazit des Gremiums lautet: "Eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland existiert nicht." Nach einem Rückgang Mitte des vergangenen Jahrzehnts seien antisemitische Einstellungen in den letzten Jahren wieder angestiegen, heißt es in dem Bericht. Von einer "tiefen Verwurzelung von klischeehaften Judenbildern und

antisemitischen Einstellungen in der deutschen Kultur und Gesellschaft" ist dort die Rede. Man beobachte eine "bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitete Gewöhnung an alltägliche judenfeindliche Tiraden und Praktiken". Bis zu 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland seien zumindest latent antisemitisch, heißt es in der Expertise. So gehöre auf den Schulhöfen "Jude" als Schimpfwort "vielerorts fast schon zum Allgemeingut". Scharf kritisiert wird in ihrem nun vorgelegten ersten Bericht der Umgang der Schulen mit dem Antisemitismus. Dort werde das Thema fast nur mit Bezug auf den Holocaust behandelt. Damit erscheine der Antisemitismus als ein "ausschließlich den Nationalsozialisten zuzuordnendes Phänomen, das 1933 quasi aus dem Nichts erschien und 1945 wieder verschwand".
Quelle: taz

12. **Hitler-Attentäter Georg Elser – Denkmal für einen tragischen Helden**
Wäre Adolf Hitler am 8. November 1939 nur 13 Minuten länger im Münchner Bürgerbräukeller geblieben – Johann Georg Elser wäre heute der Mann, der Deutschland vom Despoten befreite. Doch Hitler entging Elsers Bombe, der Attentäter geriet erst in die Fänge der Nazis, dann lange in Vergessenheit. Nun bekam er in Berlin ein meterhohes Denkmal.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung Volker Bahl: *Hochhuth ist Moralist, eine Figur wie Elser muss ihm nahestehen. Aber zu Hochhuths Moralismus gehört auch der Vorwurf der Amoralität gegenüber der Öffentlichkeit. Sie habe es an Respekt vor Elser fehlen lassen. Und wenn Elser doch hinter den anderen Widerststandskämpfern zurücksteht im öffentlichen Bewußtsein, so liegt es an dem, was Hochhuth so bewundert : an dem ganz individuellen Charakter seiner Tat.*

13. **Politisches Schamanentum und bittere Realität**
Europa stürzt in die Rezession. Aber wie konnte es nur dazu kommen? Im Januar hieß es doch: Dieser Aufschwung wird noch lange andauern.
Quelle: WELT

Anmerkung JB: *Nun, lieber Günther Lachmann, vielleicht hätten sie nicht die Artikel Ihrer Kollegen bei der WELT lesen sollen, sondern die NachDenkSeiten. Kritisches Denken will auch gelernt sein.*

14. **Banken in die Schranken**
Am Wochenende wird zum symbolischen Massenprotest aufgerufen, zahlreiche

Wissenschaftler fordern eine andere EU-Wirtschaftspolitik
Quelle 1: Telepolis
Quelle 2: Banken in die Schranken

15. **Ronald Reagan – Geliebt und gehasst**
Quelle: arte

Die Sendung wird am Samstag, 12. November 2011, 16:05 und Dienstag, 22. November 2011, 10:00 wiederholt.

Anmerkung unseres Lesers W.B.: *Sehenswert! Nach Beschreibung über den Lebensweg von Ronald Reagan werden etwa ab dem letzten Viertel kritische Rückblicke auf die Folgen der "Reaganomics" und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft und den amerik. Mittelstand geworfen. Kritik wird an der staatl. Umverteilung von unten nach oben zu den 2% der reichsten Bürger geäußert.*

Anmerkung unseres Lesers R.D.: *Interessant neben den vielen historischen Fakten vor allem die Einordnung und Bewertung der Wirtschaftspolitik Reagans, die als eine der wichtigsten Ursachen für die gegenwertige Krise genannt werden kann und deren Folgen erst heute, eine Generation später, die 98% Benachteiligten dieser Polit auf die Strasse treibt. Selbst Reagans damalige Wirtschaftsberater räumen in der Dokumentation ein, dass Deregulierung, Liberalisierung von Finanzwirtschaft und Arbeitsmarkt und vor allem Steuersenkungen besonders für Besserverdienende nicht funktioniert und die USA in die heutige Lage gebracht haben.*